

»Experimentierfeld« für Mord

Ausstellung in Hamburg erinnert an Riga als einen der Tatorte von Naziverbrechen. Ernsthafte Aufarbeitung ist bislang nicht erfolgt. **Von Kristian Stemmler**

Wenn von den Verbrechen der Nazis die Rede ist, fallen vielen die Namen der großen Konzentrationslager wie Buchenwald oder des Vernichtungslagers Auschwitz ein. Eher wenig bekannt ist, dass auch die lettische Hauptstadt Riga ein Zielort von Deportationen und Tatort der Verbrechen deutscher Faschisten war. Mit einer Ausstellung, die am vergangenen Freitag im Hamburger Rathaus in Anwesenheit von Bürgerstiftungspräsidentin Carola Veit (SPD) eröffnet wurde und noch bis 8. Februar gezeigt wird, will die »Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen« dazu beitragen, diesem Mangel abzuhelfen. Unter dem Titel »Der Tod ist ständig unter uns« wird auf 40 Schautafeln an das Schicksal der nach Lettland verschleppten und dort ermordeten Juden erinnert.

Riga war das Zentrum jüdischen Lebens in Lettland. Zwischen November 1941 und Winter 1942 seien rund 25.000 Juden aus Deutschland, Wien, Prag und Brünn dorthin deportiert worden, wie Franziska Jahn, die die Ausstellung gemeinsam mit Clemens Maier-Wolthausen und Natascha Höhn kuratiert hat, am Montag gegenüber jW ausführte. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen im Juli 1941 hätten Angehörige der SS, Polizei und Wehrmacht sowie lettische Hilfstruppen fast alle der rund 70.000 in Lettland lebenden sowie die dorthin deportierten Juden ermordet. Nur rund 1.000 Deportierte hätten überlebt, so Jahn. Auch 753 Hamburgerinnen und Hamburger wurden nach Riga deportiert. Der Hannoverischen Bahnhof in der Hansestadt war damals Ausgangspunkt, aber auch Zwischenstation für Deportationen aus Norddeutschland. Zu den prominentesten Opfern aus Hamburg zählt der Rabbiner Joseph Carlbach, der am 6. Dezember 1941 zusammen mit seiner Familie in das Lager Jungfernhof bei Riga



Umzäunung des Ghettos (Riga, Oktober 1941)

deportiert wurde. Er, seine Frau und seine drei jüngsten Kinder wurden im März 1942 von der SS erschossen.

Die Deportationen in Richtung Osten hätten unter anderem den Zweck gehabt, die Vernichtung der Juden abseits der deutschen Öffentlichkeit zu organisieren, erklärte Kuratorin Jahn weiter. Riga sei dabei – ebenso wie das belarussische Minsk und das litauische Kaunas – »eine Art Experimentierfeld« gewesen. Noch bevor auf der Wannseekonferenz die »Endlösung der Judenfrage« beschlossen wurde, seien dort bereits Massenerschießungen durchgeführt worden. Zwischen 1941 und 1944 hätten die deutschen Besatzer mehrere Haft- und Exekutionsorte in und um Riga eingerichtet, so das zentral in der Stadt gelegene Ghetto. In ihnen seien jüdische Frauen, Männer und Kinder

aus weiten Teilen Europas »gequält, ausgebeutet und ermordet« worden.

Auf den Tafeln der Ausstellung wird über geschichtliche Hintergründe ebenso informiert wie über Einzelschicksale. Unter dem Zwang der Besatzungsmacht hätten jüdische Selbstverwaltungen das Leben im Ghetto organisiert. Harte Zwangsarbeit und Hunger hätten den Alltag im Ghetto dominiert, doch daneben seien die Menschen auch bemüht gewesen, sich selbst zu behaupten. So heißt es beispielhaft auf einer Tafel: »Freundschaften entstanden. Ehen wurden geschlossen, Kinder in Schulen unterrichtet, Fußball gespielt; Lesungen, Theater- und Tanzaufführungen organisiert sowie religiöse Feste gefeiert.«

Nur wenige Überlebende seien in ihre Heimatländer zurückgekehrt, er-

klärte Jahn. Zumeist hätten sie vergeblich um Gerechtigkeit gekämpft. Eine umfassende juristische Aufarbeitung der Naziverbrechen in Lettland sei ausgeblieben, Gerichtsverfahren habe es nur wenige gegeben. Auch in der lettischen Gesellschaft seien diese Verbrechen bis heute ein schwieriges Thema, so die Kuratorin. Über die Beteiligung von Teilen der lettischen Bevölkerung an der Verfolgung der Juden werde selten gesprochen.

Die vom Auswärtigen Amt finanzierte Wanderausstellung war im vergangenen Herbst in einer umfangreicheren Variante zunächst im lettischen Okkupationsmuseum in Riga gezeigt worden. Mitte Februar soll die Ausstellung an der Universität Düsseldorf zu sehen sein, im Spätsommer in Rheine sowie anschließend in Leipzig und Berlin.

Angriff auf Dilan S.: Prozess vertagt

Berlin. Am Montag begann vor dem Amtsgericht Tiergarten in Berlin der Prozess wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung gegen drei Tatverdächtige im Fall der vor rund einem Jahr von sechs Personen zuerst rassistisch beleidigt und dann verprügelten 17-jährigen Dilan S. Im Gerichtssaal waren zahlreiche Beobachter, die Solidarität mit der jungen Frau zeigen wollten. Weil einer der drei Angeklagten wegen einer angeblichen Coronaerkrankung nicht erschienen war, wurde das Verfahren auf den 3. April vertagt. Der Angriff auf S. sei möglich gewesen, da ihr keiner der Anwesenden an einer Straßenbahnhaltestelle in Prenzlauer Berg zu Hilfe gekommen sei – mit dieser Feststellung rief die Berliner Linke-Abgeordnete Elif Eralp als Prozessbeobachterin vor dem Gerichtsgebäude zu »Zivilcourage« gegen rassistische Gewalt auf. Die Polizei hatte zuerst fälschlich behauptet, es sei zu der Auseinandersetzung gekommen, da S. in einer Straßenbahn keine Coronamaske getragen habe.

(jW)

AfD: Helferich will doch in die Fraktion

Berlin. Der Dortmunder AfD-Politiker Matthias Helferich hat einem Bericht zufolge nun doch die Aufnahme in die AfD-Bundestagsfraktion beantragt. Das geht aus einem Brief an den Fraktionsvorstand hervor, wie das Magazin Stern am Montag berichtete. Helferich gehörte der AfD-Bundestagsfraktion nicht an, nachdem eindeutige Naziaussagen von ihm öffentlich geworden waren. Die Bundestagsfraktion befasste sich nach Angaben eines Sprechers am Dienstag mit dem Antrag.

Der 34-jährige Helferich wurde im Herbst 2021 über die Landesliste der AfD in Nordrhein-Westfalen in den Bundestag gewählt. Nach Diskussionen unter den AfD-Abgeordneten gab er bekannt, auf die Mitgliedschaft der Fraktion zu verzichten. Helferich hatte sich 2017 in einem nichtöffentlichen Facebook-Chat als »das freundliche Gesicht des NS« bezeichnet. Der AfD-Politiker aus Dortmund erwähnte in dem Chat demnach auch Kontakte in die Neonaziszene der Stadt. Sein bürgerliches Image pflegte er nur zum Schein.

(AFP/jW)

Braune Fusion

Dortmund: Neonazis von »Die Rechte« konstituieren sich als neuer NPD-Kreisverband

Es rumort in der Dortmunder Faschistszene: Anfang Januar gaben altbekannte Neonazis der Splitterpartei »Die Rechte« über einen Telegram-Kanal bekannt, sich als neuer NPD-Kreisverband konstituiert zu haben. Zukünftig werde man unter dem Namen »Heimat Dortmund« firmieren. Ab sofort wolle man die »politische Arbeit unter dem organisatorischen Dach der NPD weiterführen und den strategischen Kurs der Partei zur Neuausrichtung unter dem Namen »Die Heimat« unterstützen«, heißt es in dem Statement. Eine Mehrheit von Funktionären und Mitgliedern innerhalb der NPD verfolge seit einiger Zeit den Plan, die Partei strategisch neu auszurichten. Dabei gehe es auch um »zeitgemäßeres« Auftreten. Mit der Umbenennung in »Die Heimat« wolle man ein »deutlich sichtbares Zeichen für einen Neuanfang« setzen, heißt es weiter.

In der Bundes-NPD war das Vorhaben, sich in »Die Heimat« umbenennen, erst Mitte 2022 gescheitert. Zugleich wurde dort betont, dass die

Namensänderung nach und nach auf den verschiedenen Ebenen vollzogen werden soll. Außerdem sollten Netzwerkstrukturen aufgebaut und neue »Bündnispartner« gefunden werden. Um »regionaler Motor« in der Bewegung und bei Straßenprotesten zu sein, werde dabei auf »Netzwerktag« gesetzt. Ob das die angebliche Erneuerung werden soll, von der auch in einem gemeinsamen Videoauftritt des neuen NPD-Kreisvorsitzenden Sascha Krolzig (einst stellvertretender Bundesvorsitzender von »Die Rechte«) und dem NPD-Chef Frank Franz vollmundig die Rede war, bleibt abzuwarten. Ein erstes gemeinsames Arbeitstreffen des neuen Kreisverbandes und der NPD-Spitze habe bereits wenige Tage nach der Fusion stattgefunden, ließen sie dort verlauten.

Der Rest der Erklärung besteht mehr oder weniger aus Füllsätzen. Da ist von »stumpfen Schwertern« die Rede, die nicht mehr geschärft werden können. Gemeint ist damit das Parteiprojekt »Die Rechte« des Hamburger Neonazis Christian Worch, dem sich

die Dortmunder Faschisten nach dem Verbot des »Nationalen Widerstandes Dortmund« im Jahr 2012 angeschlossen hatten. Doch man wolle auch weiterhin »als Kameraden eng zusammenarbeiten«, heißt es offiziell.

Ob es sich um einen »Aufbruch« handelt oder es nicht vielmehr Verwerfungen in beiden Zusammenschlüssen gegeben hat, wird sich zeigen. Nicht auszuschließen ist, dass in Dortmund mit Mühe versucht wird, eine gemeinsame Struktur am Leben zu erhalten. Es spricht einiges dafür, dass den verbliebenen Neonazis von »Die Rechte« langsam aber sicher die Puste ausgeht. Bei der lokalen NPD sieht es vermutlich nicht besser aus, ist die Partei doch inzwischen weder im Rat noch in einer der zwölf Bezirksvertretungen präsent. »Die Rechte« verfügt hingegen über ein Ratsmandat und je einen Sitz in den Bezirksvertretungen Eving und Huckarde, die nun ebenfalls unter dem Label »Heimat Dortmund« weiterlaufen werden. Bei der Kommunalwahl im September 2020 hatten beide Parteien ein Debakel erlitten, zur Land-

tagswahl im Mai 2022 waren sie gar nicht mehr angetreten.

Helmut Manz von der VVN-BdA Dortmund zeigte sich im jW-Gespräch skeptisch, dass die Neonazis hier einen »Aufbruch« organisieren. Es handle sich um »ein Zeichen der Schwäche«. »Die können ihre Strukturen nicht aufrechterhalten und haben Angst, den Parteienstatus zu verlieren«, so der Antifaschist. Im braunen Lager habe es zuletzt erkennbar Probleme gegeben, die Formalia zu organisieren, die garantieren, vom Parteienprivileg profitieren zu können.

Ein weiteres Problem: Der Weggang von Michael Brück, der nach Jahren als Führungsperson der Dortmunder Neonaziszene Ende 2020 das Handtuch geworfen hatte und nach Chemnitz verzogen war. Dieser sei »der letzte von denen mit demagogischer Kernkompetenz« gewesen, ist sich Manz sicher. Dennoch: Die Neonazis seien weiterhin gefährlich, es brauche weiterhin Gegenwehr. Es bestünde immer die Gefahr, dass sich die Lage auch relativ kurzfristig ändern könne, so Manz. **Henning von Stoltzenberg**

ANZEIGE

Toscana Nähe Meer und See

toscana-biohof.de

Kleiner Okohof im Olivenhain, herrlicher Blick, Stille; Klavier, Tiere, Baderbrunnen. Haus, Wohnung, Häuschen.

